Wirtschaft und Schule.

Der deutsche Lehrerverein hat auf seiner Tagung in Dresden u. a. auch das Thema behandelt: „Wirtschaft und Volksschule". Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Der Staat als gesetzlicher Ausdruck der Volksgesamtheit muß Führung und Leitung und Entscheidungsgewalt in der Erziehung des Nachwuchses auch den Trägern der Wirtschaft gegenüber behaupten und darum Versuche von Wirtschaftsführern, die Erziehung in ihrem Sinne zu beeinflussen, mit Entschiedenheit zurückweisen. In Uebereinstimmung mit der Reichsverfassung ist die deutsche Jugend zu sittlicher Bildung, staatsbürgerlicher Gesinnung, persönlicher und beruflicher Tüchtigkeit, nicht aber einseitig nur für die Wirtschaft oder sogar für eine bestimmte Wirtschaftsauffassung zu erziehen. Pflicht der Wirtschaft ist es, die notwendigen Mittel zur Pflege der geistigen Kultur, insbesondere auch für einen zweckmäßigen Ausbau der Volksschule und eine der Reichsverfassung entsprechende Lehrerbildung zu schaffen."

Es ist begrüßenswert, daß auch von dieser Seite den „Herren der Wirtschaft" über die Erziehung des jugendlichen Nachwuchses einmal die Wahrheit gesagt wird. Die Entschließung hat darüber hinaus eine unverkennbare Spitze gegen die Werksjugendpflege, die in der „Dinta-Bewegung" einen besonders prägnanten Ausdruck gefunden hat. Nachdem die Volksschule — so wünschen es die Unternehmer — entsprechende Vorarbeit geleistet, soll die Beeinflussung des Lehrlings und jugendlichen Arbeiters im Interesse des Unternehmertums im Betriebe selbst fortgesetzt werden.

Wie man aus der obigen Entschließung der Deutschen Lehrerorganisation sieht, weigert sich die deutsche Lehrerschaft, mit Recht, den gefälligen Kuli der Unternehmer zu spielen.

Von der „Not der Wirtschaft" und wie sie „behoben" wird.

Der Selbstmord des einen Inhabers der Textilfirma Gebr. Simon erregte seinerzeit erhebliches Aufsehen. In bürgerlichen Blättern weinte man Tränen über das Schicksal der alten Firma, die der „Not der Wirtschaft" zum Opfer gefallen wäre.

In Wirklichkeit ist die Firma vertracht infolge einer geradezu unglaublichen Mißwirtschaft. Es würde zu weit führen, wollten wir diese Mißwirtschaft näher kennzeichnen. Worauf es uns heute ankommt, ist die Feststellung, wie diese Firma durch die Banken saniert wird.

Das Losungswort heißt: Sparen. Es werden also Angestellte abgebaut. Man baut mit Vorliebe aber die älteren Angestellten, die seit 20 und 25 Jahren bei den Gebrüdern Simon in Stellung sind und die heute im Alter von 50 bis 60 Jahren stehen. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß diese Angestellten anderweitig wieder unterkommen können.

Nun besteht bei den Gebrüdern Simon eine Pensionskasse, in die auch die Angestellten monatlich 2 Mark Beitrag gezahlt haben. Pensioniert werden diese alten Angestellten nicht, weil sie „zu jung" sind. Sie werden aber abgebaut, weil sie „zu alt" sind. Anspruch auf die Pensionierung haben sie erst, wenn sie 65 Jahre alt sein werden. Zahlen sie ihren Beitrag nach der Entlassung nicht weiter, dann erlischt ihr Anspruch auf die Pension.

Es handelt sich insgesamt um etwa 15 ältere Angestellte. Im Durchschnitt würden sie monatlich eine Pension von etwa 50 Mark beziehen. Das würde die Firma mit jährlich rund 9000 Mark „belasten". Es muß um so mehr gespart werden, als der Leitungsapparat nach dem Muster der Banken bei der Sanierung verstärkt wurde. Statt zwei Vorstandsmitglieder, wie bisher, wird die Firma Gebrüder Simon künftig drei Vorstandsmitglieder haben. Jedes dieser Vorstandsmitglieder bezieht ein Jahresgehalt von 120000 Mark, wozu noch die Tantiemen kommen. Außerdem ist die Anzahl der Prokuristen und Handelsbevollmächtigten von drei auf sieben erhöht worden. Auch die Prokuristen erhalten jeder ein Jahresgehalt, das mehr als das Doppelte dessen beträgt, was die Pension der 15 abgebauten älteren Angestellten zusammen ausmachen würde.

Mit diesen Sparmaßnahmen, die man wirklich nicht näher zu bezeichnen braucht, hat man sich aber nicht begnügt. Man hat die Gehälter und Löhne der Angestellten, die nicht entlassen wurden, gekürzt. Man hat einen Angestellten, einem Familienvater, das Gehalt von 240 auf 220 Mark, einem Hausdiener den Wochenlohn von 48 auf 42 Mark herabgesetzt.

So wird gespart! Dem früheren Direktor Ury hat man im Vergleichswege die bescheidene Abfindungssumme von 240 000 Mark ausgezahlt. Gewissermaßen als Schmerzensgeld für die Mißwirtschaft, an der die Gebrüder Simon zugrunde gegangen sind. (Dieser Herr Ury klagte vor dem Arbeitsgericht um eine Entschädigung von 400 000 Mark. Selbst der unverdächtige „Konfektionär" protestiert gegen das Verfahren. Der Vorsitzende wollte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit verhandeln und es bedurfte auf Beschwerde erst des Eingriffs einer höheren Instanz, um diese Ungesetzlichkeit zu unterbinden. Darauf „vertagte" der Vorsitzende die Verhandlung, und als sie wieder aufgenommen wurde, erfuhr die erstaunte „Oeffentlichkeit" von der Viertelmillioneinigung. Die gerichtliche Aufrollung der Mißwirtschaft bei Simon war dadurch verhindert und die willfährige Presse darf den Fall Simon weiter als Beispiel unserer „Notlage" mißbrauchen. Red. V.-B.).

Um aber vor eventuellen Forderungen der Angestellten sicher zu sein, hat man allen Angestellten gekündigt, den Betriebsrat abgebaut und erklärt, daß die „neue" Firma Gebrüder Simon die Rechtsnachfolgen der „alten" Firma Gebrüder Simon nicht anerkennt. Es müßte denn sein, man war, wie Herr Ury, Direktor mit dem Jahresgehalt von 250 000 Mark nebst einem Prozentsatz vom Umsatz, also auch wenn kein Gewinn erzielt wurde.

Das Aktienkapital der nunmehr sanierten Firma Gebrüder Simon ist auf 5 Millionen festgesetzt worden. Die festen Gehälter der leitenden Angestellten betragen allein schon 10 Prozent des Aktienkapitals. Ohne Tantiemen. Wenn unter diesen Umständen die Dividende eine nur bescheidene werden sollte, dann wird man sich in der Generalversammlung hinstellen und über die „Not der Wirtschaft", die „hohen Soziallasten" und die „hohen Löhne" klagen. Und die gesamte bürgerliche Presse wird das nachdrucken.

Wir erklären dazu, daß die Art, wie die Firma Gebrüder Simon ruiniert und wie sie saniert wurde, ein Skandal erster Ordnung ist und Zeugnis ablegt von der kaltschnäuzigen Unfähigkeit und Hartherzigkeit unserer sogenannten Wirtschaftsführer. „Vorwärts."

Die Unentbehrlichen.

Es ist kein Zufall, daß die Unternehmer in der letzten Zeit so viel von ihrer Unentbehrlichkeit geredet und geschrieben haben, sowie reden und schreiben ließen. Man könnte meinen, es seien ihnen selbst Zweifel über ihre Unersetzlichkeit gekommen und sie wollten vorbeugen, daß anderen auch solche Zweifel kommen. Das mag mitspielen, aber entscheidend ist doch, daß sie sich als die von

der Vorsehung bestimmten Leiter der Wirtschaft

empfehlen müssen, weil sie wissen, daß ihre angemaßte Stellung bedroht ist.

Der Unternehmersyndikus muß gegen das Vordringen der Gemeinwirtschaft oder der kalten Sozialisierung, wie er mit geheimen Gruseln sagt, etwas unternehmen. Da die Ritter vom heiligen Privateigentum dem Mann aus dem Volk nicht sagen können, daß sie eigentlich in seine Taschen langen wollen, sagen sie ihm eben, wie vortrefflich sie sich als Wirtschaftsführer eignen.

Das muß auch stimmen, denn die „Deutsche Bergwerkszeitung", die den Unternehmer ja kennen muß, verrät uns etwas über seine Eigenschaften. Danach ist

„der deutsche Unternehmer in der Tat ein Mann, der, ohne den Achtstundentag für sich zu beanspruchen, keinen höheren Ehrgeiz besitzt und keine größere Freude kenni, als seiner aufreibenden Arbeit nachzugehen . . ."

Dieser Mustermensch ist also offenbar vorzüglich geeignet, die Gemeinwirtschaft zu übernehmen, besonders wenn er sie billig ramschen kann. Die „Deutsche Bergwerkszeitung" ärgert sich auch über die „Verleumdung", daß Unternehmer Arbeitergroschen an der Riviera verprassen. So etwas tut ein deutscher Unternehmer nicht. Es kann sich bei diesen Schlemmern also nur um Arbeiter handeln, die den mühsam erarbeiteten Unternehmergewinn verprassen.

Der „Deutsche Arbeitgeber" hält solche erbauliche Predigten über die Götterähnlichkeit der Unternehmer noch nicht für ganz ausreichend. Er geht der Sache tiefer auf den Grund und erfindet eine neue Unternehmerphilosophie. Bisher hatten die Unternehmer so etwas nicht nötig. „Sie lebten", wie Carl Düssel versichert, „im Schutz und Schatten der Monarchie". Leider ist der große Schirmherr der Unternehmer ausgerissen, und sie wären nun schutzlos allen Angriffen ausgesetzt. Das wollen sie sich von jetzt an nicht mehr gefallen lassen. Sie wollen sich „Achtung verschaffen" und zu diesem Zweck rühmen sie vor aller Welt ihre guten Eigenschaften — was auch dringend nottut.

Nach Düssel handelt es sich heute um den Gegensatz zwischen Wirtschaftssozialismus und Unternehmertum, zwischen monopolistischer Verwaltungswirtschaft und unternehmerischer Konkurrenzwirtschaft, zwischen Wirtschaftsbeamten und Unternehmer. Nach Düssel ist es entscheidend, „ob die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch Marktwettbewerb oder durch Amtsauftrag und Amtsverrechnung erfolgt". Nun ist es aber sogar Düssel schon aufgefallen, daß heute von unternehmerischen Marktwettbewerb nicht mehr viel übrig geblieben ist und daß wir im wesentlichen

eine bürokratisierte Kartellwirtschaft

haben. Hier hilft er sich mit einem primitiven Kniff. Die Möglichkeit und die Drohung mit der Auflösung der Kartelle soll nämlich genügen, daß sich die Gesetze des Marktwettbewerbs trotzdem durchsetzen! Dabei ist das Kartell geschaffen worden, um gerade die unangenehme freie Preisbildung zu umgehen. Von den Leitern der großen Unternehmerverbände und Unternehmungen sagt er zwar, daß sie eigentlich „Verwaltungen" sind, aber sie werden „in unternehmerischem Geiste" geführt.

Nach dieser Volte fährt Düssel (Lieber Setzer: Der Mann heißt Düssel) ruhig im Text fort als hätte er nicht die Notwendigkeit der Verwaltungswirtschaft, sondern die Notwendigkeit der Unternehmerwirtschaft bewiesen, und bläut der Oeffentlichkeit weiter ein, daß Unternehmer immer tüchtig und Verwaltungsbeamte immer verkalkt sind. Dabei wäre es gar nicht schwierig, eine meterlange Liste anerkannt verkalkter Unternehmer zusammenzustellen.

Wie schon erwähnt, hält es Düssel für wünschenswert, daß sich das Unternehmertum als „Stand" Achtung verschafft. So wie sich aus den Strauchrittern und Höflingen der Stand des Adels entwickelte, möchten sie, daß aus dem etwas anrüchigen Ausbeutern und Profitmachern der Stand der Wirtschaftsführer erstehe. Düssel meint: „Der sozialistischen Utopie könnte das Unternehmertum ein nüchtern heroisches Wirtschaftsbild gegenüberstellen, das eine Anziehungskraft auf die Mittelschichten nicht verfehlen würde." Hier bemüht sich Düssel um die „Seele der Mittelschicht". Nach der „Seele des Arbeiters" wird schon lange planmäßig geangelt.

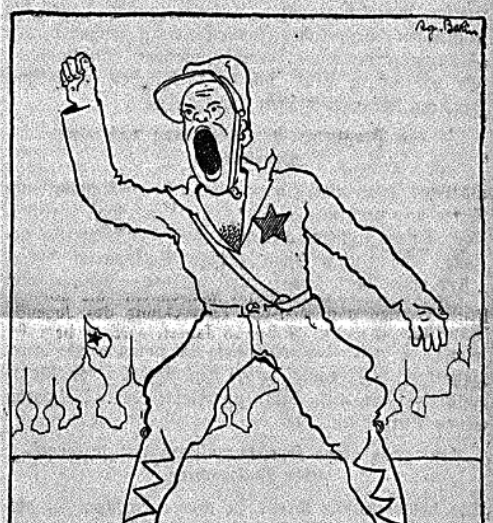
Man kommt in Versuchung, sich vorzustellen, was ein „heroisches Wirtschaftsbild" denn eigentlich ist. Der Vergleich ist offenbar aus dem militärischen Gebiet genommen. Leider ist die Zeit vorbei, in der die Häuptlinge noch die eigenen Knochen riskierten, wenn sie raufluftig wurden. Heute sitzt der Generalstab in sicherer Deckung und hat keine Gelegenheit mehr zum Heldentod. In der Wirtschaft vollzieht sich etwas ganz Aehnliches. Man ist überall krampfhaft bemüht, das Risiko auszuschalten.

Kartelle sind die Sozialversicherung der Unternehmer.

Der Heroismus der Wirtschaftsführer wird also etwas Aehnliches werden wie der Heroismus des Generalstabes: Man überläßt die Gefahr und die Last den anderen und begnügt sich mit dem Erfolg und den Ruhm.

Es gab in Deutschland eine Zeit, in der beinahe jedes Dorf seinen eigenen souveränen Raubritter hatte. Noch heute schleppen Länder die Ergebnisse dynastischer Verrücktheiten herum und noch manches Jahr wird vergehen, bis wir den politischen Einheitsstaat haben. Unsere Wirtschaftsverfassung ist heute noch schlimmstes Mittelalter. Aber sie verändert sich rasch und Ziel dieser Entwicklung ist die Gemeinwirtschaft.

Anonymus bewirbt sich um einen



Redakteurposten bei der Roten Fahne.

Herr Anonymus schreibt uns auf einer Postkarte folgenden Gruß:

Berlin, den 22. 1. 29

Ihr alte Lumpen Verbrecher Schieber und Arschlecker.

Über Euren Artikel vom 16. 11. Deutsche Verkehrsbund: Nieder mit der K.P.D. möchte ich Euch Schweine kurz mit teilen. Die Wahlen haben Euch Affen nun das Nieder gezeigt. Keine größ Lumpen giebt es doch wie Ihr seid, den ward ihr doch mit Euer Vorkriegspolitik noch größre Lumpen. Die Zeit wird kommen wo wir Lumpen mit Euch Affengesindel abrechnen werden. Es lebe die kommunistische Partei es lebe das Lumpengesindel nieder die Sozialverräter an Galgen mit Euch Lausebande. Kommt dan die Stunde der Rache bezahlt Ihrs mit Euer Blut ihr Schwein. Gebt diese Abschrift in Euer Zeitung nur bekannt auch ich bin K.P.D. und zahle Euch Verräter den Verband bis zur Abrechnung.

Euer Angstschrei wird nichts ändern.

rot rot rot rot rot

In der Redaktion der Roten Fahne herrscht ob der Konkurrenz ratloses Entsetzen. Der blutige Lappen hat unseren Artikel „Nieder mit der KPD." mit einer Spalte winselnder Geiferei beantwortet. Da ist doch unser „Kollege bis zur Abrechnung" ein ganz anderer Kerl. Er ist der geborene Anwärter auf den Sessel eines Redakteurs in der Roten Fahne. Er kann schon schimpfen wie Diktator Pilsudski, was sind dagegen die saftlosen langmähnigen Moskauer Jünglinge in der Redaktion der Roten Fahne. Küken, würde Thalheimer sagen — Küken, die unser Hahn treten wird. „Euer Angstschrei wird nichts ändern". Es wird doch bei euch kommen, gelb, gelb, gelb, gelb, gelb.

Die ersten Konferenzen des Gesamtverbandes.

Baden, Pfalz und Saarland.

Im „Krokodil" in Karlsruhe tagte am 24. November die erste Konferenz des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs für den Bezirk Baden, Rheinpfalz und Saarland. Die Konferenz war von 85 Delegierten, 27 Verbandsfunktionären und 14 Gästen besucht. Kollege Bürker, Karlsruhe, begrüßte die Konferenz mit herzlichen Worten und gab seiner Freude über das große Interesse an der neuen Großorganisation Ausdruck.

Ueber

„Zweck und Ziele des Gesamtverbandes"

sprach Kollege Reißner, Berlin. Er führte u. a. aus: Der Gesamtverband wird vor allen Dingen sein Interesse der großen Frage der Wirtschaftsdemokratie zuwenden. Der Hamburger Gewerkschaftskongreß hat dieser Frage jene Bedeutung zugemessen, die ihr zukommt. Schritt für Schritt müssen dem organisierten Unternehmertum Machtpositionen entrissen werden. Es gilt Verständnis zu wecken für den großen Machtkampf in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Wirtschaftsdemokratie ist nur zu erringen, wenn durch den Gewerkschaftskampf die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden. Eine der Voraussetzungen ist die geistige und sittliche Durchbildung der Arbeiterschaft. Das Gebiet der geistigen Erziehung wird im Gesamtverband noch mehr als bisher zu pflegen sein. Das geistige Rüstzeug ist die eigentliche Kraft der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Diese Kraft wird die Wirtschaftsdemokratie erkämpfen. Der Gesamtverband faßt Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen. Diese Zusammenfassung geht von der Erkenntnis aus, daß die sozialen und kulturellen Interessen aller körperlich und geistig Schaffenden eine einheitliche gewerkschaftliche Kampffront sachlich begründen. Der große Gedanke der Solidarität muß die Grundlage des gemeinsamen Kampfes sein. Mehr als bisher muß der Gesamtverband der freigewerkschaftlichen Organisierung der Beamten- und Angestelltenschaft das erforderliche Interesse entgegenbringen. Der Gesamtverband zieht aus der politischen Vertretung der sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitenden die notwendige Folgerung und legt ein Bekenntnis für die Sozialdemokratie ab. Die Sozialdemokratie hat in ihrer parlamentarischen und außerparlamentarischen Tätigkeit seit Jahrzehnten gezeigt, daß sie, und nur sie, als die politische Sachwalterin der großen Wirtschafts- und sittlichen Interessen des gesamten schaffenden Volkes in Frage kommt. Deshalb war, ist und wird es wahr sein: Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind eins! Eins in ihrem Kampf um erhabene Menschheitsrechte. Der Gesamtverband soll eine wirksame Vertretung menschlicher Grundrechte sein. In diesem Sinne wird er kämpfen. Zu diesem großen Kampf werden die Mitglieder des Gesamtverbandes aufgerufen. Treueste Pflichterfüllung und begeisterte Liebe zur Sache müssen zum Ziel führen.

Kollege Schulz, Berlin, behandelte die wichtige Frage des

Tarifvertragskampfes im Gesamtverband.

Der Gesamtverband gliedert sich in Reichsfachabteilungen, die dem bestehenden Tarifrecht entsprechen. Das Ziel des Tarifvertragskampfes wird sein, einen einzigen Vertragsrahmen für alle Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe zu schaffen. Das große Ziel wird freilich nur in Etappen zu erreichen sein. Schließlich muß aber die Erkenntnis zum Siege führen, daß die wichtigsten sozialen Rechte aller Arbeitenden eine einheitliche Rechtsgrundlage haben müssen. Der Redner schildert die Entwicklung des Gedankens tarifvertraglicher Regelung des sozialen Arbeitsvertrages. Für zwölf Millionen Arbeiter und Angestellte werden schon jetzt die sozialen Interessen tarifvertraglich geregelt. Die Bedeutung dieser Entwicklung wird durch die Tatsache illustriert, daß kurz vor dem Kriege nur 1 400 000 Arbeiter und Angestellte von Tarifverträgen erfaßt wurden. Erst die neue Zeit brachte die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge und damit die Rechtsgrundlage, die dem Unternehmertum die Möglichkeit nimmt, mit Hilfe Nichtorganisierter vertragliche Regelungen zu durchbrechen. Ein Verbrechen an den Interessen der Arbeiter- und Angestelltenschaft ist der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten für den sogenannten Werktarif. Würde das verbrecherische Treiben dieser angeblichen Arbeiterparteien Erfolg haben, könnte das Unternehmertum triumphieren. Glücklicherweise sind es verhältnismäßig nur wenige Arbeiter, die den bewußten Zerstörern der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung Gehör schenken. Wir müssen uns im Gesamtverband klar sein, was wir wollen. Sind wir darüber einig, werden wir mit vereinter Kraft auf dem Gebiet vertraglicher Regelung des sozialen Arbeitsvertrages ein wesentliches Stück vorwärts kommen, der Wirtschaftsdemokratie entgegen. Der Kampf um die Gestaltung des Tarifrechts muß gerade in der neuen Großorganisation mit großer Kraft weitergehen und zu größeren Erfolgen führen.

Als Vertreter des Gärtnerverbandes sprach dann der Bezirksleiter Kollege Arnold, Stuttgart. Er konnte darauf hinweisen, daß der kleine Gärtnerverband in den vielen Jahren seines Bestehens gute Arbeit im Dienste der sozialen Interessen der Gärtner- und Gärtnereiarbeiter geleistet hat. Der Gärtnerverband bringt zwar keine große Zahl Mitglieder in den Gesamtverband, wohl aber einen guten Geist. Die Mitglieder sind geistig geschult und haben damit das Rüstzeug des gewerkschaftlichen Kämpfers. Die Gärtner werden daher in der neuen Großorganisation ein wichtiges Glied sein. Sie sind überzeugt, daß der Gesamtverband die sozialen und kulturellen Interessen der Gärtner wirksam zu vertreten gewillt ist. Die Mitglieder des Gärtnerverbandes begrüßen den Gesamtverband und sind willens, mit aller Kraft an seiner gesunden Entwicklung mitzuarbeiten.

Flücht, Karlsruhe, weist darauf hin, daß dem Gesamtverband 70 000 Beamte und Angestellte angehören. Diese Zahl zu vermehren und den freigewerkschaftlichen Geist unter den Beamten und der Angestelltenschaft ganz allgemein zu wecken und zu vertiefen, wird eine besonders wichtige Aufgabe des Gesamtverbandes sein.

Pfisterer, Heidelberg, versucht für die kommunistischen Ideen auf gewerkschaftlichem Gebiet zu werben. Er hat damit kein Glück. Schall, Neunkirchen, und Koch, Karlsruhe, zerpflücken unbarmherzig die Pfisterischen Gedankengänge und demonstrieren an Beispielen, wie zerfahren die kommunistische Gewerkschaftstaktik ist.

Schwarz, Mannheim, und Geiler, Freiburg, weisen auf die Gefahren hin, die der öffentlichen Wirtschaft von kapitalistischer Seite drohen. Der Gesamtverband muß ein wirksamer Schutzwall für die bewährte öffentliche Wirtschaft sein.

In ihrem Schlußwort können die Kollegen Reißner und Schulz mit Genugtuung die Einmütigkeit und Geschlossenheit der Konferenz feststellen, solidarisch für die Zukunftsinteressen der im Gesamtverband zusammengefaßten Arbeiter-, Angestellten und Beamten zu wirken. Wir sind einmütiger Auffassung. Nun, hinaus an die Arbeit! schloß Kollege Reißner unter dem begeisterten Beifall der Konferenz.

Ueber die Geschäftseinteilung im Bezirk Baden, Rheinpfalz und Saarland im Gesamtverband sprach Kollege Bürker, Karlsruhe. — An der Aussprache über die Geschäftseinteilung beteiligten sich die Kollegen Pandert, Weinheim, und Dietler, Oppau.

Ueber die Wahl des Bezirksvorstandes und der Vertreter zum Verbandsbeirat erstattete Kollege Reinmüller, Karlsruhe, Bericht. Die Vorschläge finden die Zustimmung der Konferenz. — Hierauf folgte ein kurzes Schlußwort des Kollegen Bürker. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Gesamtverband wurde die Tagung geschlossen.

Wirtschaftsbezirk 10 (Westfalen).

Am 24. November 1929 fand in Düsseldorf die 1. Konferenz des Wirtschaftsbezirks 10 statt. An der Konferenz nahmen teil: 160 Delegierte, 16 Gäste und 14 Mitglieder der bisherigen Gauvorstände.

Die Konferenz wurde eröffnet durch drei Lieder des Volkschors „Freiheit" in Düsseldorf. Kollege Gerbracht begrüßte den Kollegen Becker-Berlin als Vertreter des Gesamtverbandes. Ferner waren der Einladung gefolgt der Ortsausschuß des ADGB. und des ADB., vertreten durch die Kollegen Planke und Sachs, der Bezirksausschuß des ADGB., sowie des ADB., vertreten durch den Kollegen Sanks-Düsseldorf. Hierauf richtete der Kollege Planke vom ADGB. einige Worte an die Konferenz, indem er noch einmal die Bedeutung des Zusammenschlusses der drei Organisationen für die gesamte Gewerkschaftsbewegung hervorhob.

Vor Eintritt in die eigentliche Tagesordnung wurde ein Schreiben des Gauleiters, Kollegen Thomas, verlesen. Kollege Thomas bedauert außerordentlich, daß er infolge der Durchführung einer Winterkur nicht in der Lage sei, an der Konferenz teilzunehmen. Er wünscht der Tagung vollen Erfolg, und daß die Beratungen dazu beitragen, daß die neue Großorganisation in ihrer Entwicklung vorwärts schreitet. Dem Vorschlage, dem Kollegen Thomas, sowie den Kollegen Hassel und Momm die besten Grüße mit dem Wunsche auf baldige Wiederherstellung zu übersenden, wurde zugestimmt.

Hierauf nahm der Kollege Becker das Wort zu einem Vortrage über

„Die zukünftigen Aufgaben des neuen Gesamtverbandes".

Der 9. Oktober 1929 wird ein Denkstein der Geschichte der drei Verbände sein. Wir können mit Recht sagen, daß dieser Tag auch ein Gedenktag für die gesamte Arbeiterbewegung sein wird. An diesem Tage haben drei Verbände, die mehr denn 30 Jahre ihr Eigenleben geführt, und die Interessen ihrer Mitglieder nach eigenem Ermessen vertreten haben, den Beschluß zum Zusammenschluß gefaßt. Es ist dies eine gewerkschaftliche Großtat, auf die die gesamte Arbeiterbewegung stolz sein kann, weil etwas derartiges weder in der Gewerkschaftsbewegung Deutschlands noch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt zu verzeichnen ist. Kollege Becker schildert dann die Entwicklung vom Beginn der Zusammenschlußbewegung bis zum Zusammenschluß selbst. Er schildert die Schwierigkeiten, die dem Zusammenschluß entgegenstanden. Nachdem der Zusammenschluß erfolgt ist, sei zu hoffen, daß auch diejenigen Organisationen, die schon einmal an den Verhandlungen beteiligt waren, sich bald der großen Organisation anschließen möchten. Kollege Becker geht kurz ein auf die Besprechungen in der Gewerkschaftspresse über den Zusammenschluß. Fast durchweg kann festgestellt werden, daß der Zusammenschluß begrüßt wurde. Daß wir die richtigen Wege gegangen sind, beweisen uns zwei Stimmen, und zwar die Unternehmer und die KPD. Die Unternehmer wissen, worauf es ankommt und erkennen die Gefahr, die ihnen durch den Zusammenschluß dieser Verbände erwächst. Die KPD. hat früher immer geschrieen nach Zusammenfassung der Kräfte, um der Konzentration des Kapitals entgegenwirken zu können. Nach dem Zusammenschluß hat sie das Gegenteil getan und über Sozialfaschismus und Verrat der Führer geschimpft.

Wir wissen, daß der Widerstand der Unternehmer gegen unsere Forderungen in der Privatindustrie sowohl wie auch den öffentlichen Werken immer größer und stärker wird. Wir müssen dieser immer mehr erstarkenden Kraft der Unternehmer durch die Zusammenfassung der Kräfte der Arbeiter eine Macht gegenüberstellen, wenn wir unser Ziel erreichen wollen. Wir wollen durch unseren Zusammenschluß, durch unseren Gesamtverband auf die Sozialgesetzgebung einwirken. Es sind viele Einrichtungen, Betriebsrätegesetz, Schlichtungswesen, Arbeitsgericht usw., die noch verbessert werden müssen. Dies können wir aber nur, wenn wir unserer Stärke entsprechend in den gesetzgebenden Körperschaften vertreten sind. Wollen wir dieses Ziel erreichen, so kommen wir zu der Erkenntnis, daß nur mit einer kulturell hochstehenden Arbeiterklasse die Aufgaben im Interesse der Arbeiter gemeistert werden können. Aus diesen Erwägungen heraus müssen wir der Bildungsarbeit der Funktionäre und der Mitglieder unsere Aufmerksamkeit widmen. Deshalb hat der ADGB. die Zentralbildungsstätte Bernau bei Berlin geschaffen. Und durch diese Bildungsstätte werden die Funktionäre und die Mitglieder geschult für den täglichen Kampf mit den Gegnern der modernen Gewerkschaftsbewegung. Haben wir einen guten Vertrauenskörper, so ist der ruhige und sichere Lauf der Entwicklung gesichert. Ich sage allen Funktionären Dank, die bisher mit uns gearbeitet haben. Wir aber wollen nun nicht Halt machen und sagen: „So, jetzt läuft der Wagen, steuern können ihn die anderen", sondern jetzt ist die Losung: „Es muß vorwärts gehen, denn niemals darf es rückwärts gehen."

Kollege Becker erntete lebhaften Beifall.

Zu dem jetzt folgenden Punkt der Tagesordnung: „Abgrenzung der Verwaltungsstellen", referierte der Kollege Gerbracht. Er schilderte die Schwierigkeiten, die überwunden werden mußten, um eine einheitliche Zusammenfassung der Verwaltungsstellen zu erzielen. Auf Grund der Verhältnisse, durch die Tarifbewegung der drei Organisationen, war es schwer, ein einheitliches Gebilde zu schaffen. Nach mehreren Besprechungen und Konferenzen ist es gelungen, alle Schwierigkeiten zu überwinden, und er bittet die Delegierten, der vorliegenden Vorlage zuzustimmen.

In der Aussprache versuchte Kuhn, Herne, seine kommunistische Phrasen loszuwerden. Er konnte nur unter großem Widerspruch der Konferenz seine Ausführungen beenden.

Der Kollege Jungen-Bochum widerlegte die Ausführungen des Kollegen Kuhn und sagte, daß der Kollege Kuhn hier nichts anderes vertreten dürfe, als die von der Zentrale der KPD. vorgeschriebenen Richtlinien. In Zukunft wird auch in Herne die Vorherrschaft der KPD. gebrochen, so daß auch in dieser Verwaltungsstelle Mitglieder, die nicht der KPD. angehören, zu Worte kommen werden.

Einige weitere Redner äußerten noch Wünsche über die Abgrenzung des Bezirks.

In der Abstimmung wurde die Vorlage des Bezirksvorstandes gegen 4 Stimmen angenommen.

Die Konferenz schritt darauf zur Wahl. Die vom Bezirksvorstand vorgelegte Vorschlagsliste wurde gegen eine Stimme angenommen.

Damit war die Tagesordnung erledigt. Die Kollegen Gerbracht, Groß und Zinke ermahnten zum Schluß die Delegierten, hinauszugehen in den Bezirk, um zu wirken und zu werben für die Gesamtorganisation und den weiteren Ausbau des Verbandes.

Gewerkschaften und Agrarfrage.

Vierte Sitzung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am 25. und 26. November 1929.

Am 25. November 1929 trat der Ausschuß des ADGB. zu seiner vierten Tagung zusammen.

Der zweite Vorsitzende Graßmann berichtete zunächst über den Unfall, den Theodor Leipart am 14. Oktober erlitten hat.

Dann erteilte er dem Genossen Dr. Hans Wilbrandt das Wort zu seinem Referat über Agrarzölle und landwirtschaftliche Produktivität. Bei der Behandlung der Agrarprobleme steht die Zollfrage meist im Vordergrund. Der ZGB. hat sich in seinem Wirtschaftsprogramm grundsätzlich für allmählichen Zollabbau eingesetzt. Für den Augenblick ist aber an Abbau der Agrarzölle gar nicht zu denken. Die Aufgabe kann vielmehr nur sein, die Zollpolitik in eine vernünftige Richtung zu lenken. Vor dem Kriege setzte sich die Arbeiterschaft, die Verbraucherschaft, für Aufhebung der Agrarzölle ein. Die Landwirtschaft plädierte für den lückenlosen Zolltarif. Die Vorkriegsauffassung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften war im Grunde von liberalen Anschauungen bestimmt; sie entsprach weniger planwirtschaftlichen Gedankengängen. Die Sozialdemokratie steht heute nicht mehr auf diesem strikt ablehnenden Standpunkte. Die Frage der Zölle ist für sie nicht mehr eine Frage des Prinzips, sondern sie wird von Fall zu Fall geprüft.

Wilbrandt erörterte an wenigen Beispielen die Gründe, um derentwillen die Frage der Agrarzölle nicht schematisch mit ja oder nein beantwortet werden kann. Allerdings, ein lückenloser Zolltarif auf die landwirtschaftlichen Produkte kommt unter keinen Umständen in Frage. Der leitende Gesichtspunkt bei der Beurteilung

zollpolitischer Maßnahmen muß sein, ob sich mit ihnen eine für die Verbraucherschaft günstige Preisbildung erzielen läßt, ob Zwischenhandelsgewinne eingedämmt werden können. Ein interessantes Beispiel dafür, daß eine solche günstige Beeinflussung möglich ist, bietet die Regelung der Zuckerzölle. Der Zoll ist zwar verhältnismäßig hoch, aber eine Ueberhöhung der deutschen Zuckerpreise ist durch Einführung einer Verbraucherschutzbestimmung unmöglich gemacht worden. In anderen Fällen zeigt es sich, von wie geringem Einfluß die Zölle auf die Preisbildung sind. Die hohen Schweinezölle, die wir in Deutschland haben, führen zwar zu einer Verteuerung der Schweinepreise, wenn das Angebot knapp ist, sie haben aber nicht die Möglichkeit, Katastrophen von solcher Art, wie sie vor anderthalb Jahren durch den Stutz der Schweinepreise eingetreten sind, zu verhüten. Trotz der hohen Rinder- und Rindfleischzölle ist das Preisniveau für Rinder niedrig, weil auf die Preisbildung allein das deutsche Angebot einwirkt; die Zölle haben in diesem Falle gar keine preisbildende Bedeutung. Ebenso liegt es bei der Kartoffel, da Deutschland sich bis zu 99 v. H. selbst mit Kartoffeln versorgt. Bei den Getreidepreisen dagegen ist es anders. Sie erhöhen sich je nachdem, ob eine starke Getreideeinfuhr notwendig wird oder nicht. Dabei ist übrigens zu beachten, daß die Kleinhandelspreise den Erzeugungspreisen nur langsam oder nicht vollständig folgen. Die angeführten Beispiele zeigen, daß eine schematische Zollpolitik nicht möglich ist.

Die Sozialdemokratie hatte bekanntlich als Ersatz für Getreidezölle in diesem Jahre ein Getreidemonopol vorgeschlagen, das die Schwankungen der Getreidepreise verhüten sollte. Es hat sich aber gezeigt, daß die politischen Voraussetzungen für die Einigung der Parteien auf eine solche Maßnahme noch nicht bestehen. Die Regierung hat in den letzten Tagen ein Programm vorgelegt, in dem sie an Stelle der starren Zölle ein Gleitzollsystem in Vorschlag bringt, das heißt, verstärkten Zollschutz bei übermäßig niedrigen Getreidepreisen. Abbau des Zollschutzes bei erhöhten Preisen. Gegen diese Vorschläge ist grundsätzlich wenig einzuwenden; wesentlich wird aber sein, die Richtpreise, die das Programm vorsieht, herabzusetzen. Die Richtpreise sind zwar nicht höher als die seinerzeit von uns vorgesehenen Monopolpreise, letztere waren aber Höchstpreise, sie sind infolgedessen mit den von der Regierung vorgeschlagenen Richtpreisen nicht auf gleiche Stufe zu setzen. Die Herabsetzung der Richtpreise ist sowohl beim Weizen wie beim Roggen notwendig. Beim Roggen ist es außerdem wichtig, den Einfuhrschein auf den niedrigsten Gleitzollsatz stabil festzusetzen. Die Regierung zieht es vor, die Roggenpreise auf diesem Wege niedrig zu halten, um die Verfütterung von Roggen bei der Schweinemast in Nordwestdeutschland (an Stelle ausländischer Futtergerste) zu ermöglichen. Eine Erhöhung des Futtergerstenzolles dagegen lehnt die Regierung ab. Für den Ost-West-Transport des Roggens werden Reichszuschüsse gegeben.

Die Landwirtschaft überschätzt die Bedeutung der Zölle als Grundlage ihrer Rentabilität. Man darf im übrigen nicht außer acht lassen, daß man das, was man der Landwirtschaft gibt, der städtischen Bevölkerung nehmen müßte, das heißt, daß in dem Maße, wie die Kaufkraft der Landwirtschaft auf diese Weise hochgetrieben wird, die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung sänke.

Welche Faktoren haben auf die heute prekäre Lage der Landwirtschaft eingewirkt? Die Inflation, die für die Entschuldung der Landwirtschaft überaus günstig war, ist von den meisten Landwirten nicht benutzt worden, ihre Betriebe auf eine gesunde Produktionsbasis zu stellen. In der Deflation konnten nur diejenigen Landwirte ihren Betrieb rentabel gestalten, die so sparsam wie möglich wirtschafteten. Tatsächlich haben viele Landwirte damals große, hochverzinsliche Kredite aufgenommen; nachher war ihnen die Bezahlung der Zinsen unmöglich; die Betriebe gerieten in Schulden. Viele tausende Hektar kamen zur Zwangsversteigerung. Zahlenmäßig sind selbstverständlich unter den verschuldeten Betrieben viel mehr Kleinbetriebe; nach der zwangsversteigerten Fläche dagegen ist der Anteil der Großbetriebe höher, besonders in Ostelbien. Das liegt in der Natur der Sache. Die Besitzer von Großbetrieben waren viel eher in der Lage, Kredite aufnehmen zu können; die Bauern konnten leichter persönliche Ersparnisse machen. Immerhin ist es nur ein relativ kleiner Teil von Großbetrieben, denen es wirklich schlecht geht. Diesem Teil ist allerdings auf keine Weise zu helfen. Ihre Betriebe müssen den Besitzer wechseln. Mit am schlechtesten ist die Lage in Ostpreußen. Aber auch dort sind über 100 bis 150 v. H. des steuerlichen Einheitswertes nur 10 bis 15 v. H. der Großbetriebe verschuldet, über 150 v. H. nur 6 v. H. Es ist daher falsch, wenn behauptet wird, die ganze Landwirtschaft befinde sich in ungeheurer Notlage. Diese Notlage besteht in der Hauptsache nur in Ostelbien und nur bei einem Teil der Betriebe.

Im ganzen hat sich die Lage der Landwirtschaft gehoben. Ein Zeichen dafür ist schon die Zunahme der Spareinlagen bei den Genossenschaften; ebenso die Zunahme der Beträge, die für Düngemittelkäufe ausgegeben wurden. Freilich hat sich im ganzen die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft, also des Großteils der ländlichen Bevölkerung nach dem Kriege nicht in gleichem Maße gehoben wie die Kaufkraft der städtischen Bevölkerung. Der Produktionswert der Betriebe und entsprechend die Kaufkraft wird etwa um 20 bis 30 v. H. über dem Vorkriegsniveau liegen, nicht etwa nur um 10 bis 15 v. H., wie behauptet wurde. Auch die Meinung, daß der bäuerliche Arbeitslohn zum Teil nicht einmal die Sätze der Arbeitslosenunterstützung erreiche, ist unhaltbar.

Durch überspannte Zollpolitik ist die Kaufkraft der bäuerlichen Landwirtschaft keinesfalls zu heben. Es sind ja gar nicht die niedrigen Preise, welche die Lage der bäuerlichen Landwirtschaft schwierig gestalten. Die Ursache ist meist einfach: die Rückständigkeit der bäuerlichen Betriebe. Das landwirtschaftliche Bildungswesen steht in Deutschland noch im Anfang der Entwicklung. Nur ein kleiner Teil der Bauern hat landwirtschaftliche Schulung genossen; vor dem Kriege waren es nur 2 bis 3 v. H., nach dem Kriege hat sich der Prozentsatz erhöht. Die Schulung der Landwirte ist für die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität von größter Bedeutung. Angenommen, daß die deutschen Bauern geschulte Landwirte wären, so könnte die Feldproduktion um mehrere Milliarden gesteigert und ihre Produkte verbilligt werden; eine Einfuhr von Lebensmitteln würde sich dann erübrigen. Auch die Milcherzeugung ließe sich um 50 bis 100 v. H. steigern. Diese Steigerung würde gleichzeitig eine Senkung der Produktionskosten zur Folge haben, die sich ungefähr auf eine Milliarde belaufen würde. Bei rationeller Fütterung könnte die Schweinemast erheblich verbilligt, der Verbrauch gesteigert werden. In Anbetracht der starken Konjunkturschwankungen, der die Schweinepreise unterliegen, wäre das eine wie das andere von großer Bedeutung. Aehnlich liegt es bei der Hühnerzucht.

Ausbau des landwirtschaftlichen Bildungswesens, Ausbau der staatlichen Beratungs- und Kontrolltätigkeit — in einem Wort: Rationalisierung der Landwirtschaft: das sind die Hauptmittel zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität. Diese Rationalisierung hat gegenüber der Rationalisierung in der Industrie den Vorteil, daß sie keine Menschen freisetzt. Es kommt auf die Modernisierung der Landwirtschaft durch unmittelbar die Produktion fördernde Maßnahmen an.

In eingehenden Ausführungen gab der Genosse Dr. Lomberg eine Schilderung der modernen Landwirtschaft auf betriebswirtschaftlicher Grundlage. Er brachte eine Reihe von Beispielen aus seiner Praxis, die erläuterten, welche Möglichkeiten noch für die Landwirtschaft bestehen, ihren Betrieb betriebswirtschaftlich kalkulatorisch zu durchdringen. Mit dem ökonomischen Grundsatz: „Versuche jede Produktionseinheit mit dem möglichst geringsten Aufwand an Kapital und Arbeit herzustellen", muß endlich einmal in der Landwirtschaft ernst gemacht werden. Nach seiner Meinung gibt es unter den vier Millionen Betriebsleitern vielleicht einige hundert solcher führender Köpfe, die sowohl betriebswirtschaftliche, kaufmännische und organisatorische Kenntnisse in ihrer Person vereinigen. Der Rechenstift muß das Hauptwirtschaftsinstrument des Landwirtes werden, und er muß überhaupt in seinen ganzen Anschauungen mehr und mehr von der Landbundpolitik abrücken — die in der Regel nur eine Politik der Rückständigkeit und der versäumten Gelegenheiten war — und muß zu einer vernünftigen modernen Wirtschaftsauffassung kommen. Weil ein Mangel an Kapital besteht, darf man auch für den Bodenpreis nur soviel bezahlen, daß er sich nach Abzug aller Grundsteuern und Lasten kapitalmäßig mit mindestens 7 v. H. verzinst. Die Bodenpreise sind weit über wirtschaftlich gerechtfertigte Höhe emporgewachsen, was verschiedene Ursachen hat:

1. Die Innenkolonisation — vom Staate künstlich gesteigerte Nachfrage nach Boden.
2. Der Landhunger der Bauern und der Selbständigkeitsdrang der Bauernsöhne.
3. Die hohe soziale Geltung, die speziell vor dem Kriege mit dem Erwerb eines Rittergutes verbunden war.
4. Aus Gründen der Erbabfindung wird das Gut oft überbezahlt, wenn es viele Generationen in der Familie war.

Zweifellos ist dieser Wert des Bodens heute in Wirklichkeit nicht mehr vorhanden; er steht nur in der landwirtschaftlichen Betriebskalkulation zu Buche. Ein Grund dafür, daß rein buchmäßig heute vielerorts in den Betrieben Verluste errechnet werden. Der Bodenwert hat sich durch unsere ganze Vorkriegsagrarpolitik in den zwanzig Jahren bis 1914 durchschnittlich im Wert verdoppelt bis verdreifacht. Deswegen ist es ein Unding, wenn der Landwirt diese in Wirklichkeit gar nicht mehr bestehenden Bodenwerte von vor dem Kriege seinen Reinertragsberechnungen zugrunde liegt, wenn er den Bodenwert eines Gutes, der damals 500 000 M. betrug und heute vielleicht auf die Hälfte abgesunken ist, in der damaligen Höhe weiterbestehen läßt und auch für diesen Wert eine ausreichende Verzinsung haben will. In diesem Mißverhältnis zwischen Reinertrag und Bodenwert ist der letzte Grund für die errechnete geringe Rentabilität der deutschen Landwirtschaft zu suchen.

Der einzige Wertmesser unserer Erträge muß der Kapitalaufwand sein. Wir müssen uns losmachen von der trügerischen Beurteilung der Flächenerträge und den Ertrag des Kapitalaufwandes zum Barometer unsere Wirtschaftsführung machen.

Da die Agrarpolitik mit Maßnahmen arbeitet, die erst nach einem Zeitraum von mehreren Jahrzehnten sich auswirken, ist es sehr wichtig, daß man in der Agrarpolitik keine Irrwege geht, deren katastrophale Folgen erst viel später zur Geltung kommen. Wenn auch Aereboe der praktischen Agrarpolitik viel neue Impulse gegeben hat, auch neue wertvolle Wege wies, so hat andererseits eine Reihe von A.'s Vorschlägen in der Oeffentlichkeit und auch in der Wissenschaft zahlreiche Entgegnungen gefunden, die die praktische Durchführbarkeit bezweifeln und gleichzeitig auf die große Gefahr dieser Idee hinweisen. Der weitsichtige Agrarpolitiker muß vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß die zu erstrebende Wirtschaftsstruktur der zukünftigen Zeit entspricht. Andernfalls würde man rückschrittliche Ziele verfolgen und damit gewaltige Energien nutzlos vergeuden.

In diesem Zusammenhang ging der Redner auf die Siedlung von kleinbäuerlichen Existenzen ein und brachte die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Seite dieses Problems zur Erörterung. Die Fragestellung war hier nach der optimalen Betriebsmöglichkeit hinsichtlich der Verwendung von Kapital und Arbeitskraft auch unter dem Gesichtspunkte der weltwirtschaftlichen Eingliederung der deutschen Volkswirtschaft. Er wies darauf hin, daß die heutige Betriebsgrößenverteilung ein Produkt zoll- und steuerpolitischer Beeinflussung sei, wodurch man eine freie Entwicklung in den letzten Jahrzehnten völlig ausgeschaltet hat. Wirtschaftliche Faktoren konnten aber nur dann an der Umgestaltung der Betriebsgrößenverteilung in Richtung zur optimalen, d. h. der volks- und betriebswirtschaftlich erforderlichen Betriebsgröße arbeiten, wenn der landwirtschaftliche Betrieb dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt ist. Weiter geht der Redner auf die Verhältnisse in der außerdeutschen Landwirtschaft ein und führte vor allen Dingen die Strukturwandlungen in der amerikanischen und russischen Landwirtschaft vor Augen. Hier ist klar und deutlich die Tendenz auf Vergrößerung der Betriebe festzustellen. Der Redner betonte die wirtschaftliche Unterlegenheit des Kleinbetriebes, die in der Landwirtschaft genau so ihre Gültigkeit hat wie in anderen Gewerben. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß die Landarbeiter von der zukünftigen Entwicklung der Technik verlangen, daß sie die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft in ständig steigendem Maße gestattet. Anderenfalls würde ein großer Teil ihrer fähigsten Menschen in die Industrie abwandern. Ein besonders schmerzlicher Verlust, da gerade in Zukunft tüchtige Qualitätsarbeiter dringlicher als bisher gebraucht werden. Der Lebensstandard der landbautreibenden Bevölkerung müsse dem der städtischen angeglichen werden: erstens aus Gründen der Eindämmung der Landflucht, damit die Landarbeiter ihre städtischen Berufskollegen nicht unterbieten; zweitens, um den deutschen Binnenmarkt zu stärken, eine Wirtschaftsfrage, die ständig an Bedeutung zunehme. Nicht in jedem Falle dürfe die sozialistische Agrarpolitik den Vorschlägen von Aereoboe nach dieser Richtung folgen, wenn nicht hieraus ein Schaden für die gesamte Volkswirtschaft erwachsen soll. Denn die Fragestellung lautet heute keineswegs mehr: Wie komme ich zu Land für die Siedler, sondern: Wie beuge ich den nicht erwünschten Folgen vor, wenn große Flächen der deutschen Landwirtschaft nicht in rationeller Weise bearbeitet werden?

In der Diskussion erinnerte Eggert daran, daß die Ursache für die ungünstige Lage eines Teiles der deutschen Landwirtschaft darin zu suchen sei, daß eine Differenz zuungunsten der Landwirtschaft zwischen ihren Einnahmen und den Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel bestehe. Der geringe Erlös des landwirtschaftlichen Produzenten für seine Erzeugnisse habe jedoch seinen Grund in der übersetzten kostspieligen, mit überhohen Zwischengewinnen belasteten Organisation des Absatzes. Ferner mangelt es an ausreichender Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugung, welchem Mangel nur durch rationelle Gestaltung der Produktionsmethoden abgeholfen werden kann. Durch Zollsteigerungen könne diesem nicht begegnet werden. Wir haben aber ein großes Interesse daran, daß größere Preisschwankungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, die den Haushalt der Arbeiterschaft beunruhigen, unterbleiben. Wenn die geplanten gleitenden Zölle ein wirksames Mittel dagegen seien, so sei diesem Plane zuzustimmen. Auch alle übrigen Mittel zu diesem Zweck müßten die Gewerkschaften objektiv prüfen. Wenn nun aber die Landwirtschaft das ernste Bemühen zeigt, die Erzeugungsverhältnisse durch Standardisierung und Rationalisierung zu verbessern, so müsse ihr dabei geholfen werden, sofern eine Unterstützung der Landwirtschaft ohne Belastung der Verbraucher möglich ist.

Georg Schmidt forderte, daß auch die Gewerkschaften, namentlich auch ihre Presse, dem Ansturm der „Grünen Front" größere Aufmerksamkeit zuwenden. Und zwar durch Zurückweisung übertriebener Behauptungen über die Not der Landwirtschaft, aber auch durch ernsthafte Prüfung berechtigter Klagen. Zahlen über Sparkassenbestände in landwirtschaftlichen Gebieten sowie über Einlagen bei landwirtschaftlichen Genossenschaften beweisen, daß die Notlage der Landwirtschaft vielfach übertrieben dargestellt wird. Auch die Angaben über die Verschuldung der Landwirtschaft dürfen nicht kritiklos hingenommen werden. Schmidt warnt dringend vor gewagten Siedlungsexperimenten und führt Beispiele für manchen Mißerfolg im Siedlungswesen an. Grund und Boden, der im Besitz der öffentlichen Hand sei, müsse dort verbleiben; die Forderung, der preußische Staat möge seinen Domänenbesitz für Siedlungszwecke zur Verfügung stellen, sei zurückzuweisen. Wenn man jedoch alle Uebertreibungen in Rechnung setzt, so bleibt ein Rest von berechtigten Klagen über die Ungunst der Umstände, denen die Landwirtschaft gegenübersteht. Auch Schmidt befürwortet eine Regelung der Roggenverbrauche mit dem Ziel, daß der Roggen, der in Deutschland erzeugt wird, innerhalb der Grenzen auch Verwendung findet.

Graßmann schloß die Diskussion mit dem Bemerken, die Erörterung habe gezeigt, daß die Gewerkschaften genötigt sind, sich mit den Problemen eingehend und dauernd zu beschäftigen.

Der Bundesbeitrag für die

50. Woche

(8.—14. Dezember 1929)

ist fällig.

ratungsinstitut unter den Jugendlichen bereits erworben hat, mag der Umstand als Gradmesser dienen, daß man sich sogar in Fällen von Konflikten mit Unternehmern und bei Arbeitslosigkeit, allerdings in Verkennung der Aufgaben der Beratungsstelle, an diese wandte.

Geht man von der Erwägung aus, daß sich im Umgang Jugendlicher mit Jugendlichen am ehesten jenes Vertrauensverhältnis einstellt, das notwendig ist, eine freie Aussprache herbeizuführen, so dürfte die neue Art Beratungsstellen Jugendlicher durch Jugendliche berufen sein, künftig einen wesentlichen Faktor in der sozialen Jugendbewegung zu bilden.

Kapitalismus als Ausbeute Jugendlicher.

I.

In Hamburg zählte man noch 1725 etwa 2000 Kinder, die als Angehörige von Zuchthäuslern mit zu den Insassen des Zuchthauses gehörten. Aehnlich lagen die Dinge in anderen Strafanstalten. Man machte sich, obwohl man sich zu den Christen rechnete, nicht das mindeste Gewissen daraus, die bedauernswerten Geschöpfe zu schweren, gesundheitsschädlichen Arbeiten zu verwenden und sittlich zu verderben. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. überwies einem einzigen Fabrikanten drei- bis vierhundert Waisenkinder zur Ausbeutung.

II.

Das klassische Land kapitalistischen Raubbaues ist in den Anfängen der Industrie zwar England gewesen. Karl Marx schildert dies ausführlich in seinem Standard-Werk „Das Kapital" und ein erschütterndes Bild der Hölle der damaligen englischen Arbeiter und ihrer Frauen und Kinder gibt auch Friedrich Engels in seiner Schrift: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Aber auch in Deutschland war noch in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts z. B. eine elfstündige Nachtarbeit für Kinder von 6 Jahren keine Seltenheit. Und besonders bezeichnend für das „praktische Christentum" der damaligen Ausbeuter ist die brutale Tatsache, daß man die armen Kleinen sogar um eine Essenspause betrog, indem man sie zwang, aus einem Blechtopf, der ihnen um den Hals gehängt wurde, während der Arbeit ihre Nahrung zu entnehmen. Selbstredend fanden sich damals — ähnlich wie heute — „Vertreter der Wissenschaft", in diesem Fall gewissenlose Aerzte, die erklärten, daß selbst gegen eine 18stündige Arbeitszeit der Kinder vom gesundheitlichen Standpunkt nichts einzuwenden sei.

III.

Welch schwere Kämpfe hat es auch dem deutschen Proletariat gekostet, eine einigermaßen vernünftige Arbeiter- und speziell Kinderschutzgesetzgebung durchzusetzen. Die heutige Generation ist nur zu leicht geneigt, den Arbeiterschutz als etwas hinzunehmen, das ganz von selbst gekommen ist. Die brutale und ausgedehnte kapitalistische Menschenschinderei am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts sollte aber besonders unsere Jugendlichen überzeugen, daß wir uns noch heute in einer ähnlichen, wenig beneidenswerten Lage befinden würden, wenn es der klassenbewußten organisierten Arbeiterschaft nicht gelungen wäre, dank ihrer machtvollen freien gewerkschaftlichen Organisation, Wandel zu schaffen. Der Moloch Kapitalismus läßt sich soziale und wirtschaftliche Fortschritte nur durch einen starken Gegenspieler, das gewerkschaftlich und sozialistisch organisierte Proletariat, abtrotzen.

Allgemeines.

Zum Kampf um die Ehescheidungsreform.

Ehen werden nicht im Himmel geschlossen, und so manche und mancher, die, ernüchtert, aus ihrer Ehe wieder herauswollen, finden einen Riegel in den starren und wenig zeitgemäßen Ehescheidungsparagraphen, die bei zerrütteten Ehen, um eine Scheidung überhaupt zu ermöglichen, zu unwahren Behauptungen geradezu zwingen. Richter, Anwälte, überhaupt alle wissen, wie bei den heutigen Ehescheidungsverhandlungen vor Gericht gelogen wird, aber jeder tut so, als ob er die unwürdige Komödie nicht durchschaute. Diesem nicht gerade würdigen Zustand sollen die Verhandlungen über die Reform der Ehegesetzgebung, die gegenwärtig im Rechtsausschuß des Reichstages stattfinden, ein Ende bereiten.

Man dürfte hoffen, daß Zentrum und Bayerische Volkspartei, die aus religiösen Gründen gegen die Erleichterung der Ehescheidung sind, sich aus praktischen Erwägungen zu der Erkenntnis durchringen würden, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Ehescheidungspraxis eine zeitgemäße Reform der Ehegesetze nicht länger zu vermeiden ist. In diesem Sinne schrieb am 4. November auch ein Zentrumsorgan, die „Tremonia":

„Wenn, wie nicht zu bezweifeln ist, eine Volks- und Parlamentsmehrheit die Erleichterung der Ehescheidung fordert, dann kann das Zentrum trotz seiner parlamentarischen Schlüsselstellung das Rad dieser Bewegung, die uns jetzt schon dahin geführt hat, daß jede siebente in Deutschland geschlossene Ehe wieder geschieden wird, nicht dauernd aufhalten. Man soll auch sonst den Dingen nüchtern ins Auge sehen. Wenn heute Eheleute auseinander wollen, die der Ansicht sind, daß sie nicht zueinander passen, und die keine religiösen und sittlichen Hemmungen vor dem Auseinandergehen verspüren, dann wird eben ein Ehebruch als Scheidungsgrund konstruiert, der Mann und Frau sonst ferngelegen hätte. Das ist doch eine bekannte Geschichte, und ob die weitere Verweigerung des Zerrüttungsgrundes die Ehescheidungskurve wieder herabdrücken wird, erscheint sehr fraglich."

Angesichts dieser Tatsachen ist es kaum zu verstehen, daß die Vertreter des Zentrums jetzt mit einem Male den Rechtsausschuß des Reichstages verlassen haben und sich weigern, an den weiteren Verhandlungen über die Ehescheidungsreform teilzunehmen. Sollte das Zentrum diesen Weg eingeschlagen haben, um seine Neigung zu einer Umgruppierung zu manifestieren?

Literatur.

Alle hier angezeigten Schriften sind durch die Bundesbuchhandlung, Verlagsanstalt „Courier", zu beziehen. Bestellungen durch die Ortsverwaltungen.

Vom Märchenbaum der Welt. Rund um den Aequator und von Pol zu Pol breitet der „Märchenbaum" seine Zweige. Wo Menschen sind, sind auch Sagen und Märchen. Schon dieser Umstand deutet auf die tiefe Verbundenheit aller Zeiten und Völker mit dem Bedürfnis hin, mystische Vorstellungen und Volksanschauungen mannigfaltiger Art zu symbolisieren und sie von Geschlecht zu Geschlecht zu vererben. In dem vorliegenden Buche nun hat Lisa Tetzner vieles von dem, was sie sonst so gut zu erzählen weiß, zu Papier gebracht, Maria Braun hat Bilder, die der kindlichen Psyche entsprechen, dazu gezeichnet, und die Büchergilde Gutenberg hat das schöne Werk in einem schmucken Gewande herausgegeben. Dem Vater, der Mutter, die ihren Kindern ein Buch schenken wollen, werden vielerlei Märchenbücher angeboten. Aber der Arbeiter soll auch hier kritisch sein. Er kann, er darf nicht alles hinnehmen, was ihm bürgerliche Verlage empfehlen. Und da er nicht jedes Buch vor dem Kaufe prüfen kann, muß er sich auf die Herausgeber verlassen. Lisa Tetzner, die in ganz Deutschland bekannte „Märchentante", beherrscht ihr Material. Ihre Auslese, die sich auf Märchen der verschiedensten Zonen und Länder erstreckt, ist einwandfrei. Und vielseitig. Da erscheint Grönland wie Australien, Skandinavien wie der Balkan, da ist die ganze „Entente" versammelt, und wir reisen nach Lappland, China, Indien und Afrika. Die Herausgeberin war, so sagt sie selber im Vorwort, bemüht, diejenigen Stücke zusammenzustellen und für die Jugend zu bearbeiten, die auch die Generation des zwanzigsten Jahrhunderts noch zu fesseln vermögen, weil ihre Motive rein menschlicher Natur sind oder ihr sozialer Einschlag auch unser Zeit berührt. „Denn Abenteuer, Mut und Stärke des einzelnen gegen die Macht des Schicksals und die Unbill des Lebens, Schalk und Humor der unverwüstlichen Schelme und Rüpel, Sieg der Verachteten und Armen, Weisheit und Wunder der Natur sind Pole, um die sich auch heute noch das Leben dreht, und noch immer wird dem Mutigen die Welt gehören." . . . Ja, solche Bücher braucht das Arbeiterkind! Und wenn ihm ein Buch wie dies für drei Mark geboten wird, lohnt es sich schon, Mitglied der Büchergilde Gutenberg (Berlin SW 61) zu werden.

Anna Siemsen: **Menschen und Menschenkinder aus aller Welt.** Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Mit 21 Abbildungen auf Kunstdruckpapier, 112 Seiten, in Halbleinen 3,— RM.

Ein neues Buch von Anna Siemsen für Kinder von 12 Jahren, für die Jugend und Erwachsene beiderlei Geschlechts gleichermaßen geeignet. Interessante Entdeckungsfahrten ins Land der Jugend aller Welt werden in dem vorzüglich ausgestatteten und mit prächtigen Bildern versehenen Buch unternommen. Aus den Berichten von Forschungsreisenden, aus der Literatur fremder Völker und aus autobiographischen Romanen berühmter Schriftsteller hat A. Siemsen eine Anzahl packender und charakteristischer Schilderungen aus dem Kinderleben ausgewählt und jede mit einer die Lebensverhältnisse und Sitten des betreffenden Volkes kurz umreißenden trefflichen Einleitung versehen. Ein Panorama von seltener Lebendigkeit und Anschaulichkeit zieht da an uns vorüber: Bilder aus dem glücklichen Leben der Indianerjugend Südamerikas, die spielend in ihre Lebensaufgaben hineinwächst, aber auch die erschütternde Leidensgeschichte, die ein Südseekind als Folge der Kolonisation durch die „Kulturbringer" erleben muß, Bilder aus dem Leben arabischer und afrikanischer Hirten, rumänischer und österreichischer Bauernkinder, russischer Straßenjungen, Bilder aus dem Ghetto, aus dem chinesischen Familienleben und viele andere interessante Bilder aus dem Leben von Menschen fremder Länder.

Das von Anfang bis Ende gleichermaßen unterhaltsame Buch weitet zugleich unsern Blick, vermehrt und vertieft unsere Kenntnis und wirbt schließlich, ohne jede Aufdringlichkeit, für den Gedanken der Gleichberechtigung aller Menschen. Das famose, geschmackvoll gebundene, mit einem wirkungsvollen Schutzumschlag versehene Buch hat eine sehr gute Beschriftung und weißes holzfreies Papier. Es kommt gerade noch recht, um als Weihnachtsgeschenk viel Freude bei jung und alt zu erwecken.

Sozialdemokratischer Abreißkalender für das Jahr 1930. Der Verlag, die Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Berlin SW 68, Lindenstr. 3), kann in jedem Jahre die angenehmsten Urteile verzeichnen. Die Presse hat ihren Kalender „den besten und vielseitigsten" genannt, „in seiner Art unerreicht", „ein gutes und schönes Werk". Die beste Bezeichnung aber wurde ihm als „Brevier des Arbeiters". In der Tat: der Kalenderrahmen erscheint hier gesprengt durch die Fülle des Gebotenen. Man blättert in einem Jahrbuch, dessen geistiger Gestalt ganz der Weltanschauung des modernen, auch kulturell aufgeklärten Arbeiters entspricht. Das dokumentiert sich natürlich am stärksten in den zahlreichen Zitaten, die sozialistischen oder doch freiheitlichen Werken entnommen wurden, in den Versen der Arbeiterdichter und in den Sentenzen und Epigrammen freier Geister. Aber auch das statistische Material, besonders die authentischen Resümees über annähernd 100 Organisationen fesseln das Interesse; in keinem andern Werke finden sich diese kurzen, zuverlässigen Uebersichten. Die historischen Daten, vor allem aus der Arbeiterbewegung, werden laufend ergänzt, gehen also bis in die neueste Zeit. Daß die astronomischen Angaben (Sonnenauf- und -untergänge, Mondphasen, Planetenbewegung usw.) nicht fehlen, ist selbstverständlich. Jeder Tag bringt ein Bild, das auf ein Zeitereignis, eine Persönlichkeit usw. Bezug nimmt oder sonst eine interessante Ansicht bietet. Der Kupfertiefdruck, in dem der Kalender hergestellt wird, ermöglicht vorzügliche Reproduktionen. Und da auch die Rückwand, von einem Künstler entworfen, sich sehen lassen kann, bildet das „Brevier des Arbeiters" zugleich einen feinen Wandschmuck für jedes Wohnzimmer, jedes Bureau. Der Kalender kostet zwei Mark; das ist nicht viel für einen so inhaltreichen Block von 768 Seiten. Jeder Arbeiter sollte ihn kaufen, um täglich Anregung, Erhebung, Wissen daraus zu gewinnen.

Kinderlandkalender 1930, herausgegeben von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, im Verlag Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt. Bearbeitet von H. und M. Weinberger, Berlin.

Der „Kinderland 1930", das Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt und Land ist erschienen. Der Kinderkalender bringt wieder eine Fülle heiterer und ernster Beiträge. Schon das Kalendarium sprudelt von kräftiger Lebensfreude über und all die vielen anderen Beiträge, die von Arbeiterkindern und ihren Freunden erzählt und berichtet werden. Wir finden einen Brief von unbekannten Roten Falken aus Königsberg neben Beiträgen von bekannten Führern der Arbeiter, wie z. B. von dem Reichstagspräsidenten Paul Löbe, der über eine Fahrt im Zeppelin erzählt, bekannte Dichter und Künstler finden wir ebenfalls vertreten. Feine, farbige Bilder, prächtige Photobilder aus den roten Kinderrepubliken und viele andere Streubilder illustrieren den Kalender ausgezeichnet. Wer das Märchen vom Schneider und Mond liest, wird nicht umhin können, den Schneider und den Mond lachend zu bedauern. Von lustigen Wanderungen, von Heimabenden, von ihren Zeltlagern erzählen die Falkengruppen. Mieke Meier, die immer schlaue und auf lustige Streiche bedachte, fehlt auch nicht. Eine besondere Note betont der Kalender durch wiederholte Hinweise auf die Genossenschaftsbewegung als wichtigen Teil der Arbeiterorganisation. Dies ist jedoch nicht etwa trocken, sondern so, wie die Kinder es haben wollen, geschehen. Vom Reichstag und von Kinderparlamenten, vom 1. Mai, vom Krieg ung wahrem Heldentum, über die Erde und über die Sterne weiß der Kalender etwas zu berichten. Alles aber kann man nicht aufzählen, was Schönes im Kalender ist. Man wünscht nur, daß alle Arbeiterkinder diesen ihren Kalender, den „Kinderland 1930", zum Lesen bekommen. Als Weihnachtsgeschenk wird er bestimmt Freude machen.

Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 RM., für Organisationsmitglieder 2,85 RM.

Die Soziologie der Industriearbeit, nicht zuletzt aber die Betriebssoziologie, ist in den letzten Jahren von verschiedensten Seiten in Angriff genommen worden. Berufene und Unberufene, vor allem auch werksgemeinschaftlich eingestellte Betriebspolitiker beschäftigen sich mit diesen Fragen. Besondere Institute an den Universitäten und Technischen Hochschulen stellen sie in den Mittelpunkt ihrer wissenschaftlichen Arbeit und ihrer pädagogischen Bemühungen. Der Aufsatz von Professor Theodor Geiger, dessen erste beiden Teile „I. Arbeitsgesinnung im Zeitalter des Spätkapitalismus", „II. Der Betrieb als soziales Gebilde" das 11. Heft der „Arbeit" eröffnen.

Der bekannte holländische Konjunkturtheoretiker S. de Wolff setzt in dem Aufsatz „Ebbe und Flut in der Wirtschaft" in gedrängter Kürze seine in einem unlängst erschienenen Buche „Umfassende, begründende Konjunkturtheorie" auseinander.

„Bedeutung, Stand und Probleme der Wirtschaft der öffentlichen Hand" untersucht Dr. Walter Pahl.

Dr. Hilde Oppenheimer beschäftigt sich in einer eindringenden Untersuchung „Wandlungen in der Sozialpolitik" mit den Gedankengängen des neuesten Buches von Eduard Heimann „Soziale Theorie des Kapitalismus" wie mit den Verhandlungen, welche die Gesellschaft für Soziale Reform in Mannheim über diesen Fragenkomplex geführt hat.

Dr.Dr. Ernst Berger setzt seine regelmäßige Berichterstattung über den „Deutschen Arbeitsmarkt" in diesem Hefte fort.

Der den Lesern der „Arbeit" wohlbekannte Italicus bringt seine Darstellung „Der italienische korporative Staat" mit einer Schilderung der Funktionen des Korporativen Ministeriums und des Nationalen Rates der Korporation zum Abschluß.

Die wirtschaftspolitische Chronik von Dr. Hans Arons befaßt sich mit der Haager Konferenz, der Finanznot, der Zündholzanleihe, der Ueberfremdungsgefahr. — E. F. Riemensberger behandelt Probleme der britischen Gewerkschaftsbewegung. — Eine reiche Schriftenübersicht macht vertraut mit einer Reihe von Neuerscheinungen. — Das Novemberheft der „Arbeit" erscheint in einem Umfange von fünf Bogen.

Dr. Franz Neumann: **Die politische und soziale Bedeutung der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung.** Großoktav, auf bestem holzfreiem Papier gedruckt. Umfang 40 Seiten. Preis kart. 0,85 RM. — E. Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin W 30.

Die Broschüre will zum ersten Male die außerordentliche politische und soziale Bedeutung der Rechtsprechung der Arbeitsgerichte, insbesondere des Reichsarbeitsgerichts aufzeigen.

Die Wirkungen der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung sind deshalb so ungewöhnlich stark, weil — wie im ersten Teil gezeigt wird — die Bedeutung der Justiz seit Inkrafttreten der Weimarer Reichsverfassung ungewöhnlich gestiegen ist . . . Im zweiten Teil werden auf Grund einer Fülle von Entscheidungen die Richtlinien der Rechtsprechung klargelegt; ihr Kompromißcharakter, die Ausprägung sozialer Mitleidsgedanken, die Stellung zur Werksgemeinschafts- und Gewerkschaftsidee.

Im Schlußkapitel schließlich wird die positive politische Bedeutung der Arbeitsgerichtsbarkeit behandelt als Ansatzpunkt der modernen kollektiven sozialen Selbstverwaltung.

Alle Gewerkschafter, besonders die Funktionäre und Betriebsräte, sollten diese Schrift lesen.